

Die systemische Krise des Kapitalismus oder was ist Reichtum wirklich?

Im Kapitalismus liegt der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form vor, einmal als konkretes, nützliches Produkt, das gebraucht werden kann und Bedürfnisse befriedigt, und einmal als rein quantitativer Geldbetrag. Dieser Geldausdruck des gesellschaftlichen Reichtums benimmt sich, wie das Zahlenreihen eben tun, er kann scheinbar unbegrenzt gesteigert werden. Dabei hat sich allerdings in allen Krisen gezeigt, dass es sich bei dieser Steigerung zunächst einmal um die Steigerung von Finanzansprüchen handelt. Ob daraus reale Reichtumsflüsse erwachsen, muss sich in der tatsächlichen Ökonomie erst noch erweisen. Zwei Zahlen zu Verdeutlichung. Im Jahr 1980 betrug das weltweite Bruttosozialprodukt 10,1 Billionen US-\$ und das Finanzvermögen 12 Billionen; 2007 lauteten die Zahlen 55 Billionen BSP und 196 Billionen Finanzvermögen. Damit diese Ansprüche auch nur zum Teil eingelöst werden können, müssen Bevölkerungsgruppen gefunden werden, die sie bezahlen, wie das mit der Schuldenfalle für die Länder des Südens (siehe globale Umverteilung) oder der Senkung der Lohnquote in den Industrieländern passiert. Im Gegensatz zu den Finanzansprüchen kann die kapitalistische Produktion nicht beliebig und unbegrenzt gesteigert werden kann. Produktion nur um der Produktion Willen ist unmöglich, wenn die Produkte verkauft werden sollen. Produktion muss immer auch zur Befriedigung von Bedürfnissen dienen. Und erstens sind Bedürfnisse grundsätzlich endlich und zweitens zählen im Kapitalismus nur die diejenigen Bedürfnisse, die zahlungsfähig sind. Beides setzt dem unendlichen Wachstum allein schon aus ökonomischen Gründen Grenzen.

Diese Grenzen sind nicht starr. Bedürfnisse können geweckt, gesteigert, neu „erfunden“ werden und das passiert ja auch tatsächlich andauernd. Zahlungsfähigkeit ist ebenfalls durch politische und ökonomische Maßnahmen steigerbar. Darauf setzen ja auch alle keynesianisch orientierten Krisenlösungsvorschläge wie etwa der Green New Deal. Auch ein ökologischer Umbau des Kapitalismus ist nicht prinzipiell undenkbar; der Kapitalismus würde damit eine Weile wieder funktionieren können, weil es neue profitable Investitionsbereiche gäbe. Es wäre wohl eine kurze Weile, weil die Kapitalmassen derart gigantisch sind, aber es wäre eine Weile. Damit würde man die Verwertungsproblematik quantitativ entschärfen und als Sofortmaßnahmen werden solche Schritte für aktuelles politisches Handeln ja auch vorgeschlagen.

Das löst aber das prinzipielle Problem nicht, dass die Endlichkeit der Bedürfnisse eine Grenze für die Unendlichkeit der wachsenden Finanzansprüche darstellt und dass deshalb die reale Kapitalakkumulation schon seit einigen Jahrzehnten an diese Grenze stößt. So gesehen ist auch das bedingungslose Grundeinkommen kein Krisenausweg. Es führt als Geldbetrag auch nur auf den kapitalistischen Markt. Deshalb vertreten wir in der AG genug für alle von Attac Deutschland das BGE ja auch in erster Linie als Richtungsforderung und nicht als kurzfristiges Konjunkturprogramm. Auf lange Sicht ist es eine Maßnahme, die den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft mildert. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die notwendigen Diskussionen um den Umbau der Gesellschaft geführt werden können. Wir wollen keine soziale und ökologische Trendwende per Verordnung oder Ökodiktatur, sondern eine selbstbestimmte, demokratische Entwicklung. Um die überhaupt denkbar zu machen, ist eine Gesellschaft hilfreich, in der die Menschen ohne materielle Existenzangst die notwendigen Diskussionen führen und die möglichen experimentierenden, suchenden Schritte gehen können.

Der ökologische Umbau der Produktion ist aus Gründen der Endlichkeit der Erde und ihrer Ressourcen zeitlich dringend (siehe Tafel 19), aber auch aus ökonomischen Gründen ist eine Umstellung unseres Wirtschaftens auf die konkreten Formen des Reichtums, auf die Bedürfnisse und weg vom rein abstrakten Geldanspruch erforderlich. Ein wesentliches Mittel dazu ist die Loslösung von immer mehr Bereichen unserer täglichen Reproduktion aus den kommerziellen Märkten und ihre Befreiung aus der Warenform. Öffentliche Infrastruktur, die für die BenutzerInnen kostenlos ist, eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle nach dem Bedarfsdeckungsprinzip, perspektivisch auch kostenloses Wohnen oder Mobilität wären Schritte in eine solche Richtung. Sie würden den Betrag, der zur Existenzsicherung noch in Geld ausgezahlt werden muss, niedriger machen und wären damit so etwas wie ein nichtmonetäres BGE. Eine solche Orientierung eröffnet

aktuell viele Bündnismöglichkeiten auch mit Gruppen und Personen, die nicht für ein BGE eintreten.

Wir sind dafür, diese zu nützen und konkrete Verbesserungen der alltäglichen Lebenssituation einzelner Bevölkerungsgruppen zu erkämpfen, aber die Forderung nach einem BGE beschränkt sich nicht darauf. BGE als Richtungsforderung bedeutet, gesellschaftlicher Veränderung eine bestimmte Richtung zu geben. Mit der Einführung eines Grundeinkommens kann hier und jetzt begonnen werden. Wenn es aber so wie oben skizziert darauf zielt, die Kapitalmassen zu verringern, die profitable Anlage suchen, wenn es mit zunehmender Umstellung auf eine bedarfsorientierte Ökonomie gekoppelt ist, wenn es den Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft reduziert, dann weist es über die bestehende Gesellschaft hinaus.

Wohin, darüber muss öffentlich und gemeinsam in der ganzen Gesellschaft diskutiert und entschieden werden. Das bedingungslose Grundeinkommen ist kein Vehikel, mit dem wir sozusagen heimlich den Kapitalismus abschaffen oder den Sozialismus einführen wollen. Aber es ist eine Forderung, deren Durchsetzung es leichter machen würde, über Lösungen für die systemischen Zwänge des Kapitalismus gesellschaftlich nachzudenken.

Mehr Informationen:

<http://wadk.de/>

Diskussionskreis „Wege aus dem Kapitalismus“ (WAK), eine Gruppe von Menschen in Berlin, die mehr oder weniger regelmäßig Theoriearbeit betreiben und Veranstaltungen organisieren

<http://www.prokla.de/>

In POKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet.